

# Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald / Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

Erscheint Werktags

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 41



Bezugspreis monatlich 90 Pfg. Durch die Post im Nachbarortverkehr 2,15 Mk. in Württemberg 2,20 Mk. vierteljährlich, bezug Bestellgeld 90 Pfg.

Anzeigen 15 Pfg., von außerhalb 15 Pfg. die Wochenzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 296

Mittwoch, den 18. Dezember 1918.

35. Jahrgang.

## Die Hungerblockade.

Der Direktor des Kaiser Wilhelm-Instituts Dr. Rubner gibt in einer bemerkenswerten Denkschrift eine Darstellung über die Wirkungen der englischen Hungerblockade. Es ist dabei aber zu beachten, worauf auch Rubner hinweist, daß die verheerenden Wirkungen umso stärker in die Erscheinung treten werden, je länger die Blockade dauert — sie ist bekanntlich in den letzten Wochen noch wesentlich verschärft worden — und daß die Folgen noch längere Zeit nach Friedensschluss wenigstens in den größeren Städten in Abnahme der Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten und hoher Sterblichkeitsziffer fühlbar machen werden. Rubner führt u. a. aus:

Die mit Kriegsbeginn einsetzende Blockade war nach den feindlichen Presseäußerungen zu dem ausgesprochenen Zweck unternommen worden, Deutschlands gesamte Zivilbevölkerung, Männer, Frauen und Kinder, durch das namenlos qualende Elend der allgemeinen Auszehrung zum Niederbruch zu zwingen.

Die Notwendigkeit zu Einschränkungen der menschlichen Ernährung machte sich bald fühlbar; schon nach einem halben Jahre mußte man mit der Rationierung und Mindererung der Brot- und Mehlmengen auf etwa die Hälfte des Friedensbestands beginnen. Den Wendepunkt bildete aber erst der Sommer und Herbst 1916. Schlag auf Schlag folgte die Einschränkung der Fleischversorgung, in manchen Städten auf fast ein Siebtel, in vielen Orten auf noch weniger des Friedensbestands, die Herabsetzung der Fettmenge auf ein Drittel, die Kürzung der Zuckermenge und der Eierversorgung, die Kartoffelrationierung, die Milchrationierung mit Ausschluß der Erwachsenen. Als Nahrung blieb so wesentlich nur die gekörnte Brotkrume, Kartoffeln, etwas Fleisch, daneben Obst, Gemüse und Fisch, falls davon überhaupt etwas vorhanden war. Bei dem Kartoffelmangel 1917 mußte die Kohlrabe als Ersatz verzehrt werden, 1918 mußte die Nahrung nochmals durch Einschränkung einer fleischlosen Woche im Monat eingeschränkt werden, die Milchration für Kinder wurde nochmals gekürzt. Freie Nahrungsmittel von Bedeutung gibt es überhaupt nicht. Die tierischen Nahrungsmittel fehlen für Erwachsene so gut wie ganz, die Kost ist schwerer verdaulich geworden, zumeist auch das Korn auf 94 bis 96 v. H. ausmahlend und daneben allenfalls Hüben und Blattgemüse, auch Kartoffeln, als wesentlicher Bestandteil der täglichen Mahlzeiten dienen müssen. An Zutaten für die Zubereitung fehlt es ganz. Die Speisen sind umfangreich, aber nicht nahrhaft, von immer gleichbleibender Zusammensetzung reizlos. Nichts unterbricht seit Jahren die einseitigen größtenteils suppenartigen, wässrigen Gerichte. Nur aus dem Zustand des Halbhungerens ist es verständlich, daß eine Bevölkerung mit dieser Kost sich jahrelang abfindet. Denn die Masse der Nahrung betrug nach der Rationierung für eine Person im Winter 1916/17 Inapp die Hälfte, im Sommer 1917, zeitweilig nur ein Drittel des durchschnittlichen Friedensbedarfs. Man greift auf im letzten Jahr zu erheblicher Verabreichung der Kost der Truppen hinter der Front und legt auch der Front selbst manche Entbehrungen auf, um der Zivilbevölkerung helfen zu können, aber ohne Erfolg. Besonders groß ist der Fett- und Eiweißmangel in der Kost. Es liegt in der Eigenart der letzten, daß seine verheerenden Wirkungen sich nur schleichend, nach Jahresfrist und später geltend machen.

Wenn man von Nebenächlichem absieht, sehten die Härten der Blockade, nach ihren Folgen beurteilt, mit dem Herbst 1916 ein. Hungerzustände in krasser Form machten sich 1916/17 geltend. Der Verfall der Leute nahm damals unter fortwährendem Klagen über Hunger einen rapiden Verlauf. Bei den meisten kam es zu Hungerödem (Wasserfucht), Marasmus (Erschöpfung), Herzschwäche, interkurrenter Lungenerkrankung, aufstrebende Tuberkulose machten dann dem Leiden in der Regel ein Ende.

Der körperliche Verfall zeigte sich übrigens in ganzer Breite und Städten. Im Neufert, an den schlotternden Kleibern, an Hausfarbe, Miene und Ausdruck sah man die Spuren des körperlichen Zusammenbruchs. Die körperliche Leistungsfähigkeit sank dementsprechend schrittweise, Müdigkeit nach mäßigen Anstrengungen gehört zur Regel, aber auch auf geistigem Gebiet fiel die Minderwertigkeit, die Indolenz, der Mangel an Initiative und Schaffenskraft wie auch die nervöse, irritierte Stimmung ins Auge. Magen-, aber noch mehr Darmkrankheiten, darunter viele Todesfälle, kamen im Sommer und Herbst 1917 zur Beobachtung. Mit dem Schwund des Fettes mehrten sich die Leidenbrüche, Fälle von Einpülpung des Darmes, Mäßigung der Geburten.

Die allgemeine Sterblichkeit hatte sich bis 1911 wenig geändert, von da an stieg sie; am stärksten schnitten die Kinder bis ins schulpflichtige Alter ab. Ganz ausgeprägt ist die Zunahme der Sterblichkeit vom 50. Lebensjahre an. Die Empfänglichkeit für Infektionskrankheiten nimmt zu, die Widerstandskraft gegen Fieber und sechrende Erkrankungen ab. Der schlechte allgemeine Ernährungszustand kommt auch darin zum Ausdruck, daß viele Operationen einen ungünstigen Ausgang nahmen. Besonders schwer ist vom Standpunkt der Volkshygiene die starke Zunahme der Tuberkulosesterblichkeit zu beurteilen.

Wohin man sieht, treten uns die Wirkungen der Blockade auf die Zivilbevölkerung entgegen. Wenn diese stillen Opfer auch in dem allgemeinen Sterben und in der allgemeinen Gleichgültigkeit ungezählt bleiben möge, so hat doch auf die Massen kaum etwas verbäuernd und erbitternd gewirkt als diese Nahrungsmittelnot und ihr Folgen. Ob damit die schwersten Tage zu Ende sind, wissen wir nicht; ein Ende des Nahrungsmittelmangels ist noch nicht zu sehen. Manchem scheinen auch heute noch die deutschen Opfer des Weltkriegs nicht genügend zu sein. Der verbitternde Akt war die Hungerblockade, die über die Zivilbevölkerung verhängt wurde. Sie soll, wie es scheint, erst an letzter Stelle fallen. Hoffentlich nicht zu spät!



Das Getreidevermögen Europas nach Staaten auf den 1. April 1918.

## Die neue Ev. Kirchenregierung.

ep. Infolge des Thronverfalls des Königs ist für die Ev. Kirche, deren Landesbischof der König war, eine Kirchenregierung nötig geworden. Die Oberkirchenbehörde macht darüber folgendes bekannt: „Der König hat Abschied genommen von seinem Volk. Mit unseren Kirchenmitgliedern danken wir ihm von Herzen für alles, was er in 27-jähriger Regierung unserem Volk und unserer Ev. Kirche Gutes getan, und seiner hohen Gattin für das, was sie im Dienst der Nächstenliebe Edles gewirkt hat. Gottes Schutz und Gnade sei ferner mit ihnen.“

Die Ausübung der bisherigen landesherrlichen Kirchenregimentsrecht in der Ev. Landeskirche ist gemäß dem Kirch. Gesetz vom 9. Nov. d. J. auf die Ev. Kirchenregierung übergegangen. Auch unter der neuen Staatsordnung ist die Ev. Kirche bereit, dem Volkswohl zu dienen. Das deutsche Volk, vor die gewaltige Aufgabe seines Renaissances gestellt, braucht nach unserer Überzeugung die Lebenskräfte des Evangeliums. Die Botschaft von dem, der gekommen ist, nicht, daß er sich dienen lasse, sondern daß er diene und sich sein Leben in seiner Erlösung für

Viele, pflanze unter uns gegenseitiges Vertrauen und tätige Nächstenliebe, ohne welche die Volksgemeinschaft in Nichts zerfiel. In diesem Sinn sollen und wollen wir alle, Geistliche und Gemeindeglieder, unsere Pflichten erfüllen, als Christen und als Staatsbürger.“

Die neue Kirchenregierung ist am 28. Nov. in Würzburg getreten; sie besteht aus Konsistorialpräsident D. v. Zeller (Vorsitz), Prälat D. v. Pland, Präsident der Landesynode Dr. v. Gaffner, Staatsrat Dr. v. Roth und Stadtdelen Oberkirchenrat D. Traub.

— **Bezug von Sparmetall.** Die Reichsstelle für Sparmetall gibt bekannt: Aus den Beständen der Kriegsmetall-Aktiengesellschaft können künftighin Sparmetalle nur auf Grund von Kontingentscheinen bzw. Teilkontingentscheinen bezogen werden. Die Kontingentscheine werden ausschließlich von den verschiedenen Metallbearbeitungs- und Verteilungsstellen ausgestellt. Handwerker wenden sich an ihre Handwerkskammer. Jeder deutsch Endverarbeiter hat Anrecht auf Zuteilung eines Kontingentscheines. Die Preise wurden bis auf weiteres folgendermaßen festgesetzt: Kupfer 450 Mk., Zinn 1400 Mk., Nickel 1500 Mk., Blei 76 Mk., Kobalt 130 Mk., Feinsilber (99,9) 158 Mk., Antimon 230 Mk., Aluminium 700 Mk. für 100 kg Metall. Platin 24 Mk. pro Gramm. Für die übrigen Metalle gelten bis auf weiteres die bestehenden Preise der Kriegsmetallaktiengesellschaft für Friedenslieferungen (Grundpreis).

— **Auszahlung der Feuerungsbeihilfen.** Nach der „Karlz. Ztg.“ werden die Kriegszulage und Feuerungsbeihilfe der Beamten usw. ausnahmsweise für den Monat Dezember 1918 schon vor Weihnachten ausbezahlt.

— **Weitere Zugbeschränkungen.** Von Montag den 16. Dezember an bis auf weiteres muß der Personenzugfahrplan weiter eingeschränkt werden. Auf der Strecke Mannheim-Heidelberg-Karlsruhe-Weil-Leopoldshöhe werden nur noch acht Schnellzüge, auf der Schwarzwaldbahn nur noch zwei Schnellzüge, auf der Strecke Karlsruhe-Mühlacker nur noch zwei Schnellzüge, auf der Strecke Gießen-Neudorf-Bruchsal-Mühlacker nur noch drei Schnellzüge verkehren. Außerdem wird auch die Zahl der Personenzüge weiter eingeschränkt. Gleichzeitig wird der Fahrplan der Arbeiterzüge der durchgehenden Arbeitszeit von 7 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags angepaßt. Die Fahrpländeränderungen sind aus dem auf den Stationen aushängenden neuen Wandfahrplan ersichtlich.

— **Nahrungsmittelzufuhr.** Auf eine Bitte des Zentralkomitees der deutschen Vereine vom Roten Kreuz an die Gesellschaften vom Roten Kreuz in Schweden, Dänemark und Holland um Überweisung von Lebensmittel für Kinder und Frauen, Greise und Kranke ist aus Stockholm folgende Antwort eingetroffen: Das Schwedische Rote Kreuz beabsichtigt, sich eventuell zusammen mit andern Rotkreuzen neutraler Staaten an die Schweizerorganisationen in Entente-Ländern mit der Bitte zu wenden, bei ihren Regierungen vorstellig zu werden, damit wenn möglich jedes Mittel für Arme, Kranke und Schwerunterernährte unmittelbar unter neutraler Rotkreuzkontrolle nach Deutschland versendet werden. Ob und wann dies bewilligt wird, ist noch sehr unsicher. Prinz Karl.

## Wise vom Tage.

Kauchwaren. Im Bahnhof fiel mir ein großer Mann anschlag in die Augen: Sammelt Kaninchenfelle! Das Ding raucht! — Ich war entrückt. „Was hast du?“ — „Herbord überausartigen Kaninchenfell — und nun auch diese Schweinerei. Als ich den nächsten Bahnhof erreichte, war es der gleiche Mann anschlag, der mich wieder beruhigte. Hier war das Ding vor „rauch“ so entsetzlich unheimlich, es hätte mir die Wunden.“

Erlaub. Der feldgraue Mann kam heim, treute sich den heimlichen Friedens und elite in das alte Stammkaffee. Kaffee mit Kuchen! Bis in den Kuchen: „Fräuleinchen, Fräuleinchen, was haben Sie mir da gegeben?“ — „Wissen Sie, es ist eben Erlaub.“ — „Schuld aus der Tasse: Fräuleinchen, Fräuleinchen, der Kaffee.“ — „Jaja, Verber alles Erlaub.“ — „Kuchenerfah, Kaffeeerfah.“ Der feldgraue Mann zahlte und ging. Als er auf der Straße war, ließ ihm die kleine Kellnerin nach und zeigte: „Die Hofenknöpfe, die sie auf der linken Hand trug. Sie war ...“ — „Ist das Geld?“ — „Gürnte sie. „Ne, Gelderfah.“ — sagte der Mann und verschwand. („Jugend.“)

Berlin, 16. Dez. Nach dem weiteren Verlauf der Verhandlungen am Morgen des Reichstages der Arbeiter- und Soldatenrat wird berichtet:

Nachdem die Wahl der kongressvorwärtigen erledigt war, trat Richard Müller den Bericht des Vollzugsrats vor. Er führte aus: Es war schwer für den Vollzugsrat, sich durchzusetzen. Es wurde ihm vorgeworfen, die Berliner wollten das ganze Reich beherrschen. Das ist ebenso Verleumdung, wie die Behauptung, der Vollzugsrat verberge die Reichsmittel und treibe Bestenwirtschaft. (Hier gibt es eine Störung durch eine Demonstration des Spartakusbundes. Ein Vertreter rief nach dem Haupte demonstrierenden Volksmenge trägt dem Kongress die Forderungen der Menge vor. Mindestens 250.000 Arbeiter (Arbeiter) fordern die einheitliche sozialistische Republik, die ganze Macht für die A. und S. Räte. Der Vollzugsrat als Zentralgewalt soll das höchste Organ der Gesetzgebung und der Exekutive sein, die die Reichsbehörden ernannt und absetzt. Die Massen fordern die sofortige Befreiung der Volksbeauftragten Ebert und Daafe. (Großer Lärm, Blutrufe, Rufe: Das nennen sie Freiheit!) Sofortige energische Durchführung aller Einrichtungen zum Schutze der Revolution, Bildung einer Roten Garde. (Großer Lärm.) Aufforderung an das Volkproletariat zur Schaffung einer sozialistischen Weltrepublik. Berlin ist nicht Deutschland. Große Unruhe. Rufe: Die anwesenden Offiziere protestieren. — Dinaus mit den Offizieren. Vorsitzender Veinert: Der Kongress hat die Forderungen zur Kenntnis genommen und wird in seinen Verhandlungen darüber entscheiden. Die Beratung wird um 3.20 Uhr wieder aufgenommen.

Müller fortsetzend: Die gegen den Vollzugsrat erhobenen Anschuldigungen sind haltlos. Die Gerüchte von 800 Millionen oder gar 1800 Millionen Mk. ist Schwindel. Es handelt sich um 500.000 Mk. Das Verhalten des Rats der Volksbeauftragten zum Vollzugsrat, wie es sich in der letzten Zeit gestaltet hat, ist unerträglich. Es scheint, als ob er sich nicht länger unter unsere Kontrolle stellen will. Der Vollzugsrat ist die oberste Instanz. Er ernannte die Minister, ohne daß ein Widerspruch laut wurde. Die Befreiung Solfs im Adwärtigen Amt würde von uns gefordert werden, ein Vertreter des alten Systems kann nicht mehr dort geduldet werden. Auch die Alten des Auswärtigen Amtes müßten befristet werden. Wir verlangen auch, daß Erzberger an den Friedensverhandlungen nicht teilnimmt. Solf und Dr. David sind stets die Verteidiger der imperialistischen Kriegspolitik gewesen. Dr. David dürfte nicht in der Rolle der Weisheitsdumme betraut werden. Beide sind noch im Amt. Der größte Teil dieser Alten ist unbekannt. Die Beamten, zum Teil recht fragwürdiger Herkunft, sind noch im Amt. Bei all diesen Dingen sind wir immer und immer wieder auf Schwierigkeiten gestoßen. (Hört, hört.) In der Frage der Beilegung der Kampfzeichen der Offiziere ist man uns auch nicht entgegengekommen. Es hat das zum Teil politisch unklare Benehmen. (Große Unruhe. Unerhört! Der Soldatenrat vor den Toren Berlins hätte seine scharfe Reaktion gegeben. Er würde die Offiziere dem Rat der Volksbeauftragten übergeben. Die gefalteten bürgerliche Prege der Vollzugsrat dagegen wird aufs ärgste verkleumdet. Das ging solange, bis eines Tages der Vorfall da war. Nicht hat das Verhalten der Volksbeauftragten bei dem Einmarsch mit Roter Fahnen. Die Welt dieses Büffches sind wieder in Berlin gesteckt. Wir arbeiten auf die Befreiung der A. und S. Räte hin. Fallen diese, so fallen die letzten Erntegewinnlichkeiten der Revolution. Wir legen das Schicksal dieser Erntegewinnlichkeiten in Ihre Hand in der Vollzugsrat. Wir sagen, was das es Ihnen gefangen wird, sie zu fesseln und auch weiter auszuüben. (Beifall und Handklatschen bei einem großen Teil der Versammlung.)

Müller erzählt die Kassenberichte. Es ist nicht wahr, daß Müller die Mittel für sich in Anspruch genommen hat. Die Einkünfte, zum Teil aus den Beschlagnahmen von Solf, Köpff und Holz, Hamann, betragen zusammen 630.213 Mk., die Ausgaben gegen die vielfach Einspruch erhoben wird, belaufen sich auf 416.878,82 Mk.

Es folgt der Bericht des Volksbeauftragten Dittmann: Deutschland ist Republik. Seine Regierung ist sozialistisch. Matrosen und Arbeiter haben das Werk vollbracht, sie haben das alte Regime gestürzt. Sie sind die Träger des Neuen, Kommenden, Werden. In ihren Händen liegt jetzt die politische Macht. Wie haben im Reich und in den Einzelstaaten neue Regierungen eingesetzt und unter ihre Kontrolle gestellt. Der friedliche und ruhige Verlauf der Bewegung ist eine Frucht der sozialistischen Schulung. Er beruht auf dem festen Willen der Massen. Jegend welche Zentrale hat die Arbeiter nicht dazu gedrängt. Die Volksbeauftragten sind die Vollstrecker des Volkswillens. (Sehr richtig. — Widerspruch.) Noch keine deutsche Regierung ist so fest im Volk verankert gewesen wie die jetzige. Das Entlassungsgesuch Solfs ist genehmigt. Er bleibt im Amt, bis die Verhandlungen mit dem Nachfolger abgeschlossen sind. Mit der Prüfung der Alten des Auswärtigen Amtes sind Kautsky und Quard beauftragt. Alten sind nicht verbrannt worden. Kautsky hat mehr gefunden, als er selbst erwartet hat. Die Regierung hat eine Sozialisierungskommission eingesetzt und arbeitet Stenervorlagen aus, um die Kriegsgewinne reiflos zu beschleunigen und den ganzen Steuereffekten in sozialistischem Sinne zu revidieren. In der jetzigen schweren Zeit können aber Experimente nicht gemacht werden. Zunächst ist des Volkes Los noch Arbeit und Entbehrung als Folge der vierjährigen verbrecherischen Kriegs- und Bankrottwirtschaft. Die Regierung hat schon am 12. November die Nationalversammlung in Aussicht gestellt. Die Konstantin ist nur dadurch diskreditiert worden, daß die ganze Reaktion ihr geschrien hat. Wir sind überzeugt, daß die Wahlen eine sozialistische Mehrheit ergeben werden nach den Beispielen, die wir in Anhalt und Mecklenburg er-

Müller-Offenbach: Die Revolution läßt sich nicht machen; sie muß reif sein. Wir sind jetzt erst in der Uebergangszeit zum wirklichen Sozialismus.

Gerber-Berlin bemängelt die Zusammensetzung des Vollzugsrats und verlangt, daß in den Vollzugsrat wirkliche Köpfe hineinkommen, die ihrer Aufgabe gewachsen sind.

Vorsitzender Veinert teilt mit, daß ein Antrag eingegangen ist, der die erneute Einladung russischer Delegierter zum Kongress fordert.

Eberts-Offen: Der Berliner Vollzugsrat geht den Sozialisten in der Provinz bis an den Hals. (Sehr wahr.) Wir weisen entrüstet die Zustimmung des Vollzugsrats zurück, daß wir hier bis zum 25. Dezember sitzen und täglich 50 Mk. Diäten einnehmen sollen. (Lebhafte Zustimmung.) Die durch spartakistische Bege im Ruhrgebiet ausgebrochenen schweren Streiks sind eine schwere Gefahr für die Bevölkerung. Die Regierung muß Kommissare in die großen industriellen Zentren schicken. (Lebhafter Beifall.)

Ein Antrag verlangt die sofortige Entwaffnung der gegenrevolutionären, ein anderer Antrag die nochmalige Abstimmung über die Zulassung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts mit beratender Stimme.

Anfried-Württemberg: Man würde es im Lande nicht verstehen, wenn nicht Liebknecht und Luxemburg hier teilnehmen. (Lauter Widerspruch.) Sie können den Kongress den rechten Weg erst zeigen. (Erueter Widerspruch.)

Lüdemann-Be in widerspricht dem Antrag, nach dem von den Unabhängigen durchgeführten Wahlordnung ist es unmöglich, Leute zuzulassen, die nicht in einem Betrieb arbeiten. Wir können keine Ausnahme zulassen. (Lärm auf den Tribünen.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Die Minderheit erhebt sich in lärmenden Angriffen auf die Mehrheit. Die Minderheit verlangt die Gegenprobe. Als diese wiederum die Ablehnung des Antrags ergibt, erheben sich von der Minderheit im Saal und von ihren Anhängern auf den Tribünen stürmische, langanhaltende Phrasen.

Der Antrag auf Zulassung Liebknechts und der Luxemburg fand nur 125 Stimmen, während die schleimige Einberufung der Nationalversammlung mit 485 Stimmen befürwortet wurde. Alle Mütter betonen, daß damit der Kongress mit gebührender Entschiedenheit die Spartakusrichtung abgelehnt habe.

Bedert-Rosheim: Wie in Bayern blühen besorgt nach Berlin, weil wir fürchten, es werde dort wie in Russland unsere Väter wollen feste Lebensmittel mehr leisten, denn nicht bald die Ordnung wiederhergestellt wird.

Am 6. Uhr abends wird die Weiterberatung auf Dienstag vormittag 9 Uhr vertagt.

Richard Müller erklärt, der Beschluß des Vollzugsrats betr. Ausdehnung solle nur Erzberger und Solf, nicht aber Dr. David treffen.

### Berlin, 17. Dez.

Bei der heutigen Wiedereröffnung der Tagung teilte der Vorsitzende Veinert mit, daß sich in der Versammlung eine demokratische Fraktion gebildet habe. Die Aussprache über den Bericht des Vollzugsrates und der Volksbeauftragten wird fortgesetzt.

Der Mann Müller: Im Reich ist angenommen worden, der Vollzugsrat sei allmächtig und allweise. Im Vollzugsrat ist viel zu viel von Nebenächlichkeiten gesprochen worden, nicht aber über die großen politischen Fragen. So ist z. B. die Frage der Nationalversammlung in Vollzugsrat noch immer nicht erledigt. Richard Müller hat den Vollzugsrat diskreditiert, als er im Circus Busch sagte, der Weg zur Nationalversammlung gehe nur über seine Leiche. Der Vorwurf, Richard Müller habe sich um 80.000 Mk. bereichert, ist unberechtigt. Eine Gefahr für die Revolution besteht nicht.

Wigge: Liebknecht hat in der Provinz herzlich wenig Anhang. Die soziale Republik kann nur bestehen, wenn sie sich auf breite Massen stützt. Das Anstreben der Spartakusleute fördert den Partikularismus und bringt Berlin als Reichshauptstadt in Gefahr.

Unteroffizier Kabe: Der Bericht des Vollzugsrats war ein Heeresbericht über den Kampf gegen die Reichsleitung. Der Reichswille ist erst durch den Vollzugsrat in Gefahr gekommen.

Fasch: Die Darstellung, es handle sich bei den Truppen um deren ordnungswidrige Führung in die Heimat, ist unzutreffend. In unzähligen Fällen sind von ihnen rote Fahnen heruntergerissen worden. Was soll die Truppenzusammenziehung im Westen bedeuten? Man will den Zeitpunkt zu gegenrevolutionärem Eingreifen nur abwarten. Unter Antrag ist voll berechtigt, sofort er Festlegung der Generale, Auflösung des stehenden Heeres, Entwaffnung der Offiziere, Bildung einer Roten Garde zum Schutze der Revolution fordert.

Wegmann (Vollzugsrat): Es sieht fest, daß von den Kurieren planmäßig gegen die Revolution im Lande gearbeitet wird. In Juglättern wurde zur Förmung Liebknechts aufgefördert. Daß die Spartakusleute da erregt werden, ist klar.

Lebedone: Unser Antrag auf die Absetzung Eberts fußt auf seinem Verhalten am blutigen Freitag. Ebert wurde zum Präsidenten gewählt und der Vollzugsrat sollte verhaftet werden. Ohne Ebert wären die blutigen Vorgänge in der Chausseestraße nicht möglich. Wichtige Posten wurden unterschlagen. Seine Antwort an die Soldaten machten ihn unwürdig für sein Amt. Ein Mann wie Ebert ist ein Schandfleck der Regierung. (Blutrufe, ungeheurer Lärm. Schlußruf: Andererseits Panbellischen, Fortgesetztes Lärmen der Glocke

sch und droht einander. Gewaltiger Sturm, auch auf den Tribünen große Unruhe. Der Vorsitzende rügt die Neuerung Lebedone. (Erueter Lärm.) Salver-Lugsburg. Die Soldaten der Bayerns haben erheblich an Einfluss gewonnen. Die Frontsoldaten werden zu gegenrevolutionären Zwecken benutzt. (Rufe: Unfug.) Die Offiziere verhegen sie gegen die eigenen Kameraden.

Berlin, 17. Dez. Der Volksbeauftragte Dr. Landsberg teilte in der heutigen Sitzung der A. und S. Räte mit, daß der Kriegsminister Scheuch seine Entlassung eingereicht habe.

## Neues vom Tage.

### Kein Zusammentritt des Reichstags.

Berlin, 17. Dez. Präsident Fehrenbach teilte den Reichstagsabgeordneten mit, daß nach Verlängerung des Waffenstillstands und Hinüberschiebung der Vorfriedensverhandlungen zunächst ein Bedürfnis für die Einberufung des Reichstags nicht bestehe.

Karlruhe, 16. Dez. Die badische vork. Regierung erklärte in einem Telegramm an den Rat der Volksbeauftragten, daß sie die Forderung der Einberufung des Reichstags nicht billige, dagegen fordere sie die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung.

Berlin, 16. Dez. Der „Vorwärts“ meldet aus Dessau: Die Wahlen zur konstituierenden Landesversammlung für Anhalt haben folgendes Ergebnis: Es wurden Stimmen abgegeben für die Sozialdemokratie 92.229, für die bürgerliche Demokratie 64.447, Volkspartei (Konervative) 92.5, Mittelstand 3249; insgesamt 159.180. Gewählt sind 22 Mehrheitssozialisten, 12 bürgerliche Demokraten, 2 Volksparteiler (Konervative). (Bei den letzten Reichstagswahlen zellen auf Sozialdemokratie 31.465, Demokratische Vereinigung 1664, Fortschrittler 8415, Nationalliberale 18.395, Konervative 5175, die Bürgerlichen zusammen also 36.659 Stimmen. Die starke Vermehrung der abgegebenen Stimmen erklärt sich aus der Herabsetzung des Wahlalters auf das 20. Lebensjahr und das neue Frauenwahlrecht.) Die Unabhängigen konnten eine eigene Liste nicht aufstellen, da sie die erforderliche Zahl der Unterschriften nicht zustande brachten.

In Mecklenb.-Strelitz ist am letzten Sonntag gewählt worden. Das Ergebnis liegt noch nicht vollständig vor. Bisher sind 22 Sozialdemokraten, 16 Liberale, 3 Handwerker und 1 Bauerhändler gewählt. Bei der letzten Reichstagswahl erhielten Sozialdemokratie 6492, Nationalliberale 6839, Reichspartei 7733 St.)

Münster, 17. Dez. Wie der „Frankische Kurier“ berichtet, verammelten sich gestern vormittag im Hofe der Regimentskaserne die aus dem Feld zurückgekehrten Mannschaften des 14. Infanterie-Regiments zu einer Feier. Nach den hierbei gehaltenen Reden zweier Offiziere wurde das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ angestimmt. Als darauf der Gemeindevorstand Giermann im Namen der A. und S. Räte zu sprechen begann, wurde er durch Widerspruch unterbrochen. Giermann mußte schließlich auf die Fortsetzung seiner Ansprache verzichten.

### Freigabe der Fischerei in der Nordsee.

Miel, 1. Dez. Die Marinekommission des Verbands hat einen Teil der deutschen Fischerei bis Dithmarschen freigegeben. Ueber die Fischerei in der Ostsee ist die Entscheidung noch nicht getroffen.

### Die Spartakusregierung in Neu-Kölln.

Berlin, 17. Dez. In der Berliner Vorstadt Neu-Kölln (früher Nordsee) hatte der Arbeiter- und Soldatenrat, der zur Spartakusgruppe gehört, die Gemeindeverwaltung vom Rathaus vertrieben und sich an ihre Stelle gesetzt. Wie der „Abend“ meldet, wurden nun gestern abend von dem in Neu-Kölln garnisonierenden Inf.-Regiment Nr. 64 und Berliner Truppen das Rathaus, das Rathaus, das Polizeipräsidium und die übrigen öffentlichen Gebäude besetzt und die Gemeindeverwaltung wieder in ihre Rechte eingesetzt.

### Strafantrag wegen Freiheitsberaubung.

Berlin, 17. Dez. Die „Deutsche Zeitung“ berichtet aus Mühlheim (Ruhr): Die verhafteten gewerlichen Großindustriellen Thyssen, Stinnes usw. haben bei der Staatsanwaltschaft Duisburg Strafanträge wegen vorsätzlicher und rechtswidriger Freiheitsberaubung gegen sämtliche Mitglieder des Rates der Arbeiter- und Soldatenräte, sowie gegen den neuen Berliner Polizeipräsidenten erstattet. Letzterem wird vorgeworfen, die Verhaftung der Verhafteten vor das zuständige Amtsgericht nicht veranlaßt, sondern sie 3 Tage in Haft behalten zu haben.

Berlin, 16. Dez. Im wirtschaftlichen Ausschuss der Waffenstillstandskommission stellte Frankreich Forderungen für die Belieferung Elsaß-Lothringens auf in Höhe von monatlich 350.000 Tonnen Koks, 105.000 Tonnen Kohle, 112.000 Tonnen Manganerze, 40.000 Tonnen Altschrott. Außerdem wurde die Ablieferung von Maschinenteilen, Treibriemen und elektrischen Motoren aus den ostpreussischen Gebieten je nach dem Bedarf der elsaß-lothringischen Industrie sowie die Belieferung des französischen Departements mit deutscher Ahrtransporten gefordert. Die Franzosen bestanden an Annahme ihrer Forderungen in unveränderter Form.

### Unterschlagung von Militärant.

Donaubrad, 17. Dez. Der militärisch vollstetlichen Nach- und Abschub-Überwachungsstelle Donaubrad in Ungen, Heeresgüter im Wert von etwa 1 Mill. Mk., die auf dem Weg des Schleichhandels verschwunden sollten, zu retten. Ein Beamtenstellvertreter und zwei Grenadiere, eine aus dem Feld zurückgekehrte Divisions-Marketenberei haben mit Hilfe gefälschter Papiere, die sich gegenseitig ausstellten, ihnen anvertraute, um Marketenberei-Waren beladene Waggonen verkauft, mit den Erlös

für sich zu behalten. Der genannten Dienststelle gelang es im letzten Augenblick den größten Teil der Waren zu beschlagnahmen. Auch das aus dem Erlöse bereits verkaufte Waren erzielte Geld mußten die Schieber der Staatssasse wieder abgeben.

**Schmählige Behandlung deutscher Verwundeten durch die Belgier.**

**Berlin, 17. Dez.** Beim Abzug unserer Truppen aus Antwerpen mußten dort 1500 deutsche Verwundete und Kranke in Lazaretten zurückgelassen werden. Diese werden, wie einer der Unglücklichen mitteilt, von den Belgiern als Kriegsgefangene erklart und in die Gefangenenlager geschickt, trotz des schriftlichen Versprechens des belgischen Roten Kreuzes, daß sie unter seinem Schutze stehen und nicht als Gefangene betrachtet würden. 25 Mann von den Kranken wurden f. v. geist- leben und in ein Fort geschafft, wo sie von den belgischen Gendarmen in schändlicher Weise ausgeplündert wurden. Die Leute wurden erst am zweiten Tage verpflegt. Sie mußten auf dem Steinboden ungeheizten Kassenmatten schlafen. Gegen diese Behandlung, die im Widerspruch sowohl zu den Befehl des Völkerrechts, als auch zu den Waffenstillstandsvereinbarungen besteht, wurde in schärfster Weise Protest erhoben.

**Baden.**

**Das Programm der Deutschen Demokratischen Partei in Baden.**

Das Programm der Demokratischen Partei in Baden ist in Trud erschienen. Danach will die deutsche Demokratische Partei die Einheit aller deutschen Stämme, einschließlich der Deutschösterreicher, und die demokratische Republik auf der Grundlage sozialer Gerechtigkeit und Pflichtenpflicht. Die militärische Gewalt soll der bürgerlichen untergeordnet werden. Gefordert wird der beschleunigte Zusammentritt der Deutschen Nationalversammlung. Dann wird der Ausbau der republikanischen Staatsform verlangt und die Sicherung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts für beide Geschlechter nach dem System der Verhältniswahl für alle öffentlichen Wahlen und die Einführung des Volksbegehrens und der Berufung an das Volk.

In wirtschaftlichen Fragen wird die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel und die Ausschaltung der Privatinitiative des Unternehmers und der selbständigen Arbeit des Handwerkers, des Bauern und des Fabrikanten verworfen. Die Sozialisierung wird für die Unternehmungen gefordert, die sich zu einer Monopolherrschafft auf Kosten der Gesamtheit der Verbraucher entwickelt haben oder entwickeln. Auf sozialvoluntärem Gebiete wird die Ausbildung des Arbeitsverhältnisses zu einem Rechtsverhältnisse verlangt, ferner die Weiterentwicklung der sozialen Versicherungen, die Arbeitslosenversicherung und andere Fürsorge maßnahmen. Für die Privatbeamten werden Vertretungen im Paritätsrat, Regelung der Arbeitsverträge, für die Staats- und Gemeindebeamtenauschüsse eine Beamtenkammer, ein modernes Dienstpolizeirecht, Höchstdienstzeit u. a. gefordert.

Auf dem Gebiete der Bodenpolitik wird gesagt, daß der Grundbesitz nicht idealkommissarisch gebunden sein darf. Zwischen den Bedürfnissen der bürgerlichen Erzeuger und der städtischen Verbraucher soll ein Ausgleich geschaffen werden. Für das Gewerbe und die Industrie wird die Erhaltung eines selbständigen und lebensfähigen Fabrikanten-, Handwerks- und Gewerbetreibendes gefordert, auf dem Gebiete der Schule wird die sittliche Erziehung des Volkes als wesentliche Aufgabe auch des weltlichen Unterrichts bezeichnet. Erhaltung der gemischten Schule, Entwicklung der Einheitsschule und Erleichterung des Aufstiegs der Begabten. Der Religionsunterricht soll in der Schule erhalten bleiben unter der Mitarbeit der Kirche und der sonstigen Religionsgemeinschaften. Die Stellung der Kirche als öffentlich-rechtliche Einrichtung soll erhalten werden, also auch das Recht der Besteuerung und die theologischen Fakultäten.

Auf dem Gebiete der Steuerverpolitik wird u. a. die rechte steuerliche Erlassung der Kriegsgewinne verlangt.

(-) **Mannheim, 17. Dez.** Durch die Postsperrung nach der Pfalz wird der Geldverkehr ganz empfindlich gestört. Die Tätigkeit des Ludwigshafener Postbeamten, dem ungefähr 3000 Mannheimer Firmen und Privatleute angeschlossen sind, ist nämlich nach dem rechtsrheinischen Gebiet gänzlich lahmgelegt.

(-) **Heidelberg, 17. Dez.** Hier wurde durch Bürger verschiedener Berufs eine neue Partei gegründet, der „Freideutsche Bürgerbund“. Die Partei will die Forderungen der im Bürgertum zusammengefaßten Berufsstände, der Landwirte, der Kaufleute, der Selbstbedienten, der Handwerker, der freien Berufe und der nationalgesinnten Arbeiter vertreten.

(-) **Heidelberg, 16. Dez.** In Dossenheim wurden Lebensmittelbestände in großem Umfang beschlagnahmt, die von dem dortigen Gefangenenlager herrührten und nicht abgeliefert worden waren.

(-) **Forzheim, 17. Dez.** Die Erben des hier verstorbenen Privatiers Hermann Becker haben nach dem Testament des Verlebten namhafte Beträge zu wohltätigen Zwecken der Stadt zur Verfügung gestellt, darunter 10000 M., deren Zinsen zum Besten der Ferienkolonie verwendet werden sollen.

(-) **St. Blasien, 17. Dez.** Das „Süd Tagbl.“ meldet, daß der in der Schweiz sich aufhaltende Großadmiral v. Tirpitz wegen Verkaufs seiner hiesigen Villa um den Preis von 100000 M. unterhandelte und die Bedingung machte, daß dieser Betrag in Franken zum Kurs von 1,25 ausgezahlt werden müsse.

(-) **Stuttgart, 17. Dez.** (Verabschiedung.) Minister des Innern, Dr. v. Köhler, hat sich am Samstag von den Beamten seines Departements verabschiedet. Der Minister war kaum 2 Jahre im Amt, er hat sich aber in dieser kurzen Zeit in seinem umfangreichen Ressort unter denkbar schwierigsten Verhältnissen rasch und sicher zurechtgefunden. Dr. v. Köhler ist erst 50 Jahre alt.

(-) **Stuttgart, 17. Dez.** (Einbrüche.) In vergangener Nacht wurden eine Reihe von Einbrüchen verübt. In der Augustenstraße wurden zwei Soldaten von einem patronisierenden Schuttmann bei einem Einbruch betroffen. Die Soldaten gaben auf den Schuttmann Revolvergeschüsse ab, worauf auch letzterer von seiner Dienstwaffe Gebrauch machte. Die Schüsse gingen in der Dunkelheit fehl.

(-) **Laubheim, 17. Dez.** (Hochwasser.) Die hochgehende Aler hat bei Dietenheim den Flußdamm durchbrochen. Das Wasser brang in vielen Häusern durch die Fenster ein; auf den Feldern wurde großer Schaden angerichtet.

(-) **Leutkirch, 17. Dez.** (Bürger- und Bauernrat an die Regierung.) Der hiesige Bürger- und Bauernrat hat sich mit einer Eingabe an die Provinzialregierung nach Stuttgart gewandt, in der er darlegt, daß auch der Bürger- und Bauernrat mit gleichen Befugnissen, wie der Arbeiter- und Soldatenrat, anerkannt werde. Auch an die Volksbeauftragten Ebert und Haase in Berlin wurde ein Telegramm gerichtet und verlangt, daß der Termin zur Reichsversammlung auf die erste Januarhälfte vorverlegt werde. Der Bürger- und Bauernrat protestiert dagegen, daß Vertreter, die bewährte Vertreter des Volkes, so u. a. Staatssekretär Erzberger, von ihrer Stelle entsetzt werden, irgend welcher Einfluß gewährt wird.

**Zum 9. November 1918.**

Die Presseabteilung der Deutschen demokratischen Partei hat bei führenden Männern und Frauen eine Umfrage veranstaltet, welche Empfindungen und Eindrücke sie bei den Vorgängen des 9. November gehabt haben und welche Schritte sie für geeignet halten, Deutschland vor dem völligen Niederknicken zu bewahren. Wir geben die eingelaufenen Antworten nach der Reihenfolge ihres Eintreffens wieder.

Stadtpfarrer Dr. Albert Eisenwein schreibt: Wer organische Entwicklung und nicht sprunghafte Ueberstürzung im politischen Leben für das Gemeinwohl hält, dem konnten die Art und der Zeitpunkt der Revolution vom 9. November nicht gefallen. Nun aber wieder den Sprung rückwärts machen zu wollen, wäre das Verhängnisvollste. Aus schwerster Not kann unser deutsches Volk und Vaterland nur herauskommen, wenn es auf dem Boden der jetzt gegebenen Tatsachen kraftvoll aufbaut im Geiste einer ehrlichen Demokratie und sozialer Gerechtigkeit und Brüderlichkeit. Wahre Freiheit gedeiht nur in der Ordnung und wahre Ordnung nur in der Freiheit. Den geistigen, sittlichen und religiösen Lebensnächten muß freie Bahn gewährt werden ohne einwirkende Hemmnisse von rechts und links. Alle diese Kräfte können sich aber nur entwickeln im Frieden. Darum gilt es, jetzt allem entgegenzutreten, was das Kommen eines baldigen Friedens hindert. Und so schwer es heute scheinen mag, so notwendig wird für uns und die ganze Menschheit kraftvolles Arbeiten an Bürgerpflichten für einen dauerhaften Frieden werden.

Professor Dr. Rindermann-Hohenheim schreibt der Partei:

Das deutsche Volk ist am Werk, nach seinem Kriegskaiserreich sein Bürger-Reich zu liefern. Aus den Klammern des Krieges hebt es mit sicherem Denken und Willen die deutsche Republik und die Völkerverständigung heraus. Eine Demokratie will es schaffen, welche im Unterschied von allen andern jede Diktatur von oben oder von unten her, jede einseitige Rechts- und Linksrichtung bekämpft, allen Männern und Frauen die Entfaltung zu maßvollen Persönlichkeiten sichert, das Volksleben zu einem wohlgeordneten, blühenden Organismus macht und die Völker zu einem höheren Gleichgewicht unter Anerkennung und Förderung ihrer Eigenart zusammenführt. Arbeiter und Soldaten haben an Stelle der vielfach ziellosen und erschlafenen führenden Kreise mit starkem Arm die ersten Grundlagen des neuen Deutschlands geschaffen. Jetzt gilt es, in schöpferischer Arbeit den Wiederaufbau einheitlich und allseitig durchzuführen. Dazu bedarf es der sozialen Baumeister, der Volkserzieher. Volkserziehen heißt das Volk stetig und in enger Wechselwirkung mit ihm entwickeln und aus den vielen Möglichkeiten die nach den Gesamtumständen einzig berechnete Wirklichkeit ziefischer und kraftvoll herausheben. Volkserziehen heißt vorurteilslos allen Richtungen begegnen und sie durch Maß zusammenordnen. Volkserziehen heißt Freude und ziefischeres Streben für alle Arbeit erwecken und die Eigenart jedes pflegen.

Als neues Ziel setzen wir dem deutschen Volke: statt eines nachvolles ein Erziehervolk unter den Völkern zu sein, allen voranzuschreiten durch Schaffung eines vorbildlichen Gesamtlebens und Lebens des einzelnen, das Kraft und opferwillige Selbstbeschränkung innig vereint. Das ist sein Trost und die Kraft zu seiner Wiedergeburt.

Der deutschen Demokratie fällt dabei die führende Aufgabe zu, die linke Mitte in der Gesamtbewegung zu wahren, dem Sozialismus nach den Rechtsparteien die nötigen Gegengewichte zu setzen. Mögen ihr dafür die starken selbstigen Führer erscheinen.

**Sie Hämmung des Ostens.**

**Berlin, 17. Dez.** Zur Ober-Ostgebiets sind Defenberg, Kolbenhausen, Linoburg Stadt, Minsk und Slutz geräumt. In der Ukraine Kämpfe zwischen republikanischen und Hetman-Truppen. Unsere Truppen verhalten sich in allgemeinen neutral und greifen nur dort ein, wo die eigenen Transporte gehindert werden. Von der Heeresgruppe Madensen sind weitere Jüge in Deutschland eingetroffen. Die Franzosen in Budapest verlangen, daß der Rest der Heeresgruppe interniert werde. In Livland ist Serro geräumt. Im Gebiete der 10. Armee sind wir bis weßlich Slutz-Minsk zurückgegangen. Weitere Formationen des Ostheeres sind in Deutschland eingetroffen. Teile der bisher in Odessa, in Tartien und im Gouvernement Scharkow stehenden Truppen sind in Litaun eingetroffen.

Transportbewegungen der Heeresgruppe Madensen. Die 11. Armee hat zum größten Teil Deutschland erreicht. Nur Reste befinden sich noch in der Gegend Smolnok Ostlich Budapest. Armee Scholtz und Generalkommando 63 stehen mit Hauptkräften im Raume Prag-Klausenburg-Kronstadt.

Aus Finnland sind bisher fünf Dampfer mit deutschen Truppen abgefahren. Estland wird voraussichtlich bis zum 20. Dezember geräumt sein. Von den früher in der Türkei befindlichen deutschen Formationen sind bisher 199 Jüge durch die Ukraine nach Deutschland gerollt. Dabei befinden sich die Militärmission, der Armeelugplatz und eine große Anzahl zahl von Formationen der Marine. Weitere deutsche Kräfte sind in Haibar Pascha (gegenüber Konstantinopel) versammelt. Um ihnen der beschwerlichen Weg durch die Ukraine zu ersparen, ist die Entente gebeten worden, den Rücktransport durch das Mittelmeer zu gestatten. Hieraus geht hervor, daß von der Obersten Heeresleitung alles geschieht, um die Rückbesetzung der noch auf den östlichen Kriegsschauplätzen befindlichen Truppenteile zu beschleunigen. Diese Nachrichten dürften daher für die Befriedigung der Angehörigen in der Heimat von erheblichem Wert sein.

**Das Ende der deutschen Flotte.**

**London, 17. Dez.** „Daily Mail“ meldet, die englische Regierung sei nicht abgeneigt, für die Schadensersatzforderungen Englands und der Kolonien an Deutschland einen Teil der deutschen Kriegsschiffe zu erwerben.

**Madensen verhaftet.**

**Frankfurt a. M., 17. Dez.** Der „Frankf. Jg.“ wird aus Wien gemeldet: Schamhaft meldet das ungarische Korrespondenzbureau: Der Generalfeldmarschall v. Madensen habe sich ins Kriegsministerium begeben. Die Presse teilt den Vorgang etwas ausführlicher mit. Madensen ist verhaftet worden und mußte trotz seines Widerstands mit militärischer Bedeckung ins Kriegsministerium begeben. Es steigt jedem christlichen Ungarn die Note des Horns und der Scham ins Gesicht ob dieser ungeheuerlichen Verletzung der Dankspflicht des Landes gegen den Mann, der es dreimal gerettet hat. Ueber die Einzelheiten wird aus Budapest gemeldet, daß Madensen mit einem deutschen Militärzug, der aus 40 Last- und 3 Personenzugwagen bestand, mit seinem Stab angekommen sei. Zum Empfang hatten sich der Vorsitzende des Soldatenrats Gerd und mehrere Offiziere zum Bahnhof begeben. Inzwischen habe der Leiter der französischen Militärvertretung dem Kriegsministerium den Wunsch übermitteln, daß der Feldmarschall entlassen und interniert werde. Madensen habe dagegen entschieden Einspruch erhoben. Es sei 3 Stunden lang in seinem Salonwagen verhandelt worden. Dann sei ein Major Gerd erschienen und habe brüsk erklärt: „Herr Feldmarschall, ich gebe Ihnen noch eine Bedenkzeit von 10 Minuten, dann fordere ich Sie auf, mir zu folgen. Einen Ausweg gibt es nicht. Ich erwarte Sie in 10 Minuten auf dem Bahnsteig.“ Inzwischen wurde der Bahnhof von 200 Mann mit Maschinengewehren abgesperrt und alle Eisenbahnbrücken besetzt. 10 Minuten nach halb 1 Uhr erschienen Madensen in der Tür seines Salonwagens, angeblich seelisch gänzlich gebrochen und erklärte sich bereit, zu folgen. Die Züge wurden auf Wunsch des Generalfeldmarschalls entern. Dann betrug der Generalfeldmarschall den Kraftwagen und fuhr mit dem Major Gerd ins Kriegsministerium. Weitere Nachrichten sind nicht eingetroffen.

**Verstärkung der Kriegsgewinnsteuer.**

**Berlin, 17. Dez.** Der „Tag“ berichtet: Nach dem vom Reichstag verabschiedeten Gesetz werden die Mehreinkommen der einzelnen Personen der Gesellschaften aus Kriegseinkünften für 1918/19 einer erhöhten Besteuerung unterworfen, die bei den Gesellschaften 80 Prozent (bisher 60 Prozi.) betragen soll. Außerdem wird der allgemeine Vermögenszuwachs schärfer erfaßt. Nach einem Uebereinkommen zwischen dem Reichschatamtssekretär Schiffer und der Regierung soll nun in nächster Zeit ein neues Kriegsteuergesetz in Kraft treten, das noch einmal die Kriegsgewinne von 1914 einer Nachbesteuerung in bedeutender Höhe unterzieht.

**Der Mordanschlag auf Paes.**

**Lissabon, 17. Dez.** Zur Ermordung des Präsidenten Paes wird gemeldet, daß am Bahnhof ein junger Mann zwei Schüsse auf den Präsidenten abgab, die an Lunge und Leber verletzten. Nachmittags starb er im Hospital. Die Umstehenden stürzten sich auf den Mörder und seinen Begleiter und rühteten sie furchbar zu. Marineminister Castro hat den Vorfall der Regierung übernommen. Präsident Paes war früher portugiesischer Gesandter in Berlin und stand mit seinen Sympathien auf deutscher Seite; er war ein entschiedener Gegner der Beteiligung Portugals am Kriege.

**Brand.** In München sind zwei große Lager-  
schuppen der Artilleriewerkstätten mit wertvollen Elektro-  
motoren, Dynamomaschinen, Maschinengewehren usw. nie-  
dergebrannt.

**Todesfall.** Der frühere Unterstaatssekretär für  
Eisen-Vorbringen, Dr. Emil Petri, ist in Wehl im  
Alter von 66 Jahren gestorben. Petri war, obgleich ge-  
borener Elsässer, von den Franzosen aus Straßburg aus-  
gewiesen worden.

**Nahrungsmittelzufuhr.** Auf eine Bitte des  
Zentralkomitees der deutschen Vereine vom Roten  
Kreuz an die Gesellschaften vom Roten Kreuz in Schw-  
den, Dänemark und Holland um Ueberweisung von Le-  
bensmitteln für Kinder und Frauen, Greise und Kranke  
ist aus Stockholm folgende Antwort eingetroffen: Das  
Schwedische Rote Kreuz beabsichtigt, sich eventuell zusam-  
men mit andern Rotkreuzen neutraler Staaten an die  
Schwesterorganisationen in Entente-Ländern mit der Bitte  
zu wenden, bei ihren Regierungen vorstellig zu werden,  
damit wenn möglich jedes Mittel für Arme, Kranke und  
Schwerunterernährte unmittelbar unter neutraler Rot-  
kreuzkontrolle nach Deutschland versendet werden. Ob  
und wann dies bewilligt wird, ist noch sehr unsicher.  
Prinz Karl.

**Unbefugte Zurückhaltung von Geeresma-**

**terial.** Der Rat der Verbündeten gibt bekannt,  
trotz aller Aufforderungen und Ueberwachungsmanö-  
vern befinde sich noch eine große Menge von Waffen,  
Geeresgerät und Geeresgut unbefugter Weise im Besitz  
von entlassenen Soldaten und Zivilpersonen. Es wird  
schon verordnet, daß solches Material innerhalb ein-  
von den zuständigen Behörden zu legenden Frist ab-  
zuliefern ist. Wer nach Ablauf dieser Frist noch un-  
befugt im Besitz von Gegenständen ist, aber deren  
rechtmäßigen Erwerb er sich nicht ausweisen kann, wird  
neben der Abführung nach den allgemeinen Strafgeset-  
zen mit Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren und mit  
Geldstrafe bis zu 100 000 Mark belegt. Wer vor  
Ablauf der Frist der Ablieferung nachkommt, bleibt  
wegen der unbefugten Aneignung straffrei.

**Pferdeabgaben der Badischen Landwirt-**  
schaftskammer. Täglich finden an mehreren Orten  
des Landes Pferdeabgaben der Badischen Landwirtschafts-  
kammer statt. Daneben haben aber auch in letzter Zeit  
viele Abgaben von einzelnen Toppenteilen, deutschen  
und österreichischen, stattgefunden. Besonders bei den  
letzteren fand ein freihändiger Verkauf ohne besondere  
Bedingungen statt. Dies hat vielfach zu Unzufriedenheit  
und Bemerkung Anlaß gegeben. Die Kammer ist bereit  
vorkommende Mißstände zu verfolgen. Es ist jedoch hierzu  
erforderlich, daß geordnete Unterlagen beigebracht werden.

**Kriegsanleihefunde als Zahlungsmittel.**  
Mancher Landwirt hat als gute Kapitalanlage und in

Erfüllung seiner väterlichen Pflicht seine flüssigen  
Gelder in Kriegsanleihe angelegt. Wenn er nun heute  
zur Anschaffung von Maschinen, Vieh, Pferde usw. einen  
größeren Geldbetrag braucht und nicht gerade flüssig hat  
dann muß er die Sparkasse angreifen oder Kriegsanlei-  
he kaufen. Letzteres ist mit einem Kursverlust verbunden.  
Es wird deshalb, wie von manchen staatlichen Stellen,  
von der Landwirtschaftskammer bei ihren Pferdeabgaben  
Kriegsanleihe zum vollen Nennwert in Zahlung  
genommen. Natürlich kann dies nur in der Höhe des  
Kaufpreises geschehen. Es ist nicht möglich, daß jemand  
für ein Pferd, das er z. B. mit Mk. 400.— gekauft hat,  
ein Anleihestück von Mk. 1000.— oder gar Mk. 5000.—  
in Zahlung gibt und den Mehrbetrag in barem Gelde  
zurückverlangt. Dies würde eine unbillige Schädigung  
des Verkäufers bedeuten. Zu beachten ist, daß die Nummer  
des Zinscheinbogens mit der Nummer des Anleihestücks  
übereinstimmen muß, da sonst das Stück wertlos ist.  
Die Käufer schädigen sich auch selbst, wenn sie bei ihren  
noch zu Hause befindlichen Stücken nicht die richtigen  
Zinsbogen haben und eine Auflöserung der Verwechslung  
nicht gelingt. Erwähnt sei noch, daß die laufenden Zin-  
scheine stets abgetrennt und dem Käufer zurückgegeben  
werden, dagegen hat er den bis zum Kauftag bereits fällig  
gewordenen Zins in bar zuzuzahlen.

Druck und Verleger: H. Hofmann'sche Buchdruckerei  
in Wildbad. Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

**Bewerber**  
um eine Schutzmannstelle  
wollen sich binnen einer Woche hier melden. Für die Stelle  
kommen nur Kriegsteilnehmer in Betracht.  
Wildbad, den 17. Dezember 1918.  
Stadtschultheißenamt: Böhner

**Aufforderung.**  
Von den bisher zur Eintragung in die Wählerliste an  
der Reihe gewesen Inhabern der Reichskartennummern  
sind eine Reihe noch nicht erschienen. Um die Aufnahmen  
in die Wählerliste ordnungsmäßig vornehmen zu können,  
werden die Wahlberechtigten nochmals ersucht, auf dem Ver-  
sammlungsort zu erscheinen.  
Städt. Lebensmittellamt Wildbad

**Zur gest. Beachtung.**  
Zu der heute abend 7 Uhr im Gasthaus zur alten Linde  
stattfindenden Versammlung betr. Wiederwahl eines Arbeit-  
rats werden **sämtliche, bis jetzt heimgekehrte Feldgrauen**  
**dringend gebeten**, wegen der Wichtigkeit der Sache sich  
**zahlreich einzufinden.**

**Mehrere Kameraden.**

**Besten Schutz**  
gegen  
Verlust  
durch Feuer u. Diebstahl  
bietet die  
Aufbewahrung von Wertpapieren, Urkunden  
und Schmucksachen jeder Art  
in unserer  
**Stahlkammer.**

In dieser Stahlkammer befinden sich  
eiserne Schrankfächer, die in verschie-  
denen Größen, zu billigen Preisen, auf  
beliebige Zeit, unter Eigenverschluß des  
Mieters zur Verfügung gestellt werden.  
Wertsachen können uns auch in ver-  
siegelten Paketen, Kisten etc. verpackt,  
zur sicheren Aufbewahrung übergeben  
werden.  
Besichtigung der Stahlkammer ist wäh-  
rend der Geschäftsstunden  
gerne gestattet.

**STAH & FEDERER,**  
Aktiengesellschaft  
**Filiale Wildbad.**

**Neu eingetroffen!**  
**Schönste Weihnachtsgeschenke.**  
**Accord-Bihörn,** zu billigsten Preisen.  
**Blas-Accordeon, Ocarina,**  
**Mundharmonika** in allen Preislagen.  
**Rich. Pfannstiel,**  
Hauptstraße 110.

**Großer Weihnachtsverkauf**  
in Spielwaren  
von Rich. Pfannstiel, Wildbad,  
Wilhelmstraße 110.  
**Größte Auswahl gekleideter Puppen, auch m. Cell-Köpfen**  
Einzelne Puppenteile,  
Wälze, Köpfe, Arme, Beine, Frisuren, Schuhe, Strümpfe.  
Reichhaltiges Lager in eleganten Puppenkleidern und Hüten  
in allen Größen, sowie auch Baby-Kleidung.  
Rasse Geschirr, auch unzerbrechlich.  
Koch-Herde und Koch-Geschirr, für Puppenküchen in großer  
Auswahl, Puppenmöbel und Garnituren.  
Soldaten, einzeln und in Cartons, Gewehre u. Säbel, Burgen von 1.50 an.  
Stückkästen und Nähkästen in allen Preislagen.  
Beschäftigungs- sowie Gesellschaftsspiele, in großer Auswahl  
Wilderbücher, Malbücher, Farbkästen, Bundstifte  
Nähkästen aus Stein, Holz und Metall  
Nähschatullen in Holz mit und ohne Einrichtung in jeder Preislage.  
**In Christbaumschmuck**  
reich sortiertes Lager  
Empfehle passende Weihnachtsgeschenke  
in Lebewaren, Geldbeutel, Damentaschen und Beuteln etc.  
Mod. Bri-spapier-Cassetten in schöner Auswahl.  
Große Auswahl in Schmucksachen und Haarschmuck.  
Bitte meine Auslage im Hause des Herrn Ruhn zu beachten.  
Verkauf nur in meinem Laden Wilhelmstraße 110.

**Für den Weihnachtsgebrauch**  
empfehlen unsere reiche Auswahl in  
**Guten. Bücher**  
für jung und alt  
Bri-spapier in Cassetten,  
offen und in Klappen  
Weihnachts- und Neujahrskarten  
**Unterhaltungs-Spiele**  
für jung und alt  
Damen-Siegellack  
Bilder- und Postkarten- Rahmen  
sowie sämtliche Schreibwaren Artikel  
Werne sollte auf keinen **Weihnachtstisch** die  
**Wildbader Kriegs-Chronik**  
u. a. mit Verzeichnis der Gefallenen, Vermissten  
und Ausgeschiedenen in diesem Kriege, fehlen.  
Zu haben bei  
**Geschw. Flum,**  
neben der Sonne.

**2 Puppenwagen**  
hat zu verkaufen.  
Näheres in der Exped.  
(200)  
Calmbach  
Verkaufe 2 trachtige  
**Biegen**  
wegen Platzmangel  
Frau **Caroline Seyfried,**  
beim Anker.  
**Haarneze**  
nur beste Qualität  
Hauben- u. Stirnnetz  
Stück Mk. 2.50  
bei  
**Chr. Schmid u. Sohn**

**Tamavino**  
Gesunder Obstmost Erlass  
in Portionen für 100 Lit.  
mit künstl. Süßstoff 9 Pf.  
ohne künstl. Süßstoff für 75 Pf. 6 Pf.  
empfehlen  
**Robert Dreiber.**

**Gelbe Rüben**  
das Pfund 15 Pf.  
**Weerrettig**  
das Pfund 90 Pf.  
empfehlen  
**Pfannkuch u. Co.**  
Wildbad Telefon 118

**Photo-Zentrale**  
Drogerie und Sanitätsbazar  
**Hans Grundner's Nachf.**  
Herm. Erdmann.  
Erstes Spezialgeschäft für  
**Amateur-Photographie**  
Wildbad, Hauptstr. 86.  
Telefon 76  
Erstklassige fotogr.  
**Apparate**  
zu Originalpreisen.  
**Kodaks**  
Entwickeln und Copieren  
von Films und Platten wird prompt, sauber und  
billig fachmännisch ausgeführt.